



Protokoll

**41. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 17. März 2014, 19.00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Wahl Mitglieder Wahlbüro Amtsdauer 2014 bis 2018
- 4 Motion 592 von Cla Famos und Hans Keel betreffend «Sinnvolle Parkierungsordnung für Uster»
- 5 Antrag der Sekundarstufe Uster betreffend Teilrevision der Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (NPM-Verordnung)
(Antrag Nr. 195/2014)
- 6 Postulat 594 von Wolfgang Harder betreffend «Isolierung/Wärmedämmung Landihalle»
- 7 Leistungsmotion 596 von Thomas Wüthrich und Patricio Frei betreffend
«Umsetzung "Velokonzept" innerhalb von maximal 10 Jahren»
- 8 Motion 597 von Thomas Wüthrich betreffend «Verkehrserhebung in der Stadt Uster - eine sinnvolle Grundlage für die Diskussion um die Mobilitätszukunft»
- 9 Postulat 599 von Balthasar Thalmann betreffend
«Vorwärts mit dem Kulturzentrum auf dem Zeughausareal»

Präsenz

Vorsitz	Gabriela Seiler, Präsidentin
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	36 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Sekundarstufe	Thomas Pedrazzoli, Präsident
Presse	Christian Brüttsch, AvU Eva Künzle, Avu Stefan Hotz, NZZ

Die Präsidentin begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Die Vorsitzende informiert die Anwesenden, dass Ursula Räuftlin bei Traktandum 4 in Ausstand treten wird, weil es die Abteilung Sicherheit betrifft, bei der sie selber angestellt ist. Ausserdem wird Rolf Denzler beim Antrag die Sekundarstufe betreffend in Ausstand treten, weil er in Nänikon wohnhaft ist.

Die Vorsitzende ergreift das Wort:

Geschätzte Damen und Herren

Bevor wir die Traktandenliste so wie Sie vorliegt abarbeiten, erlauben sie mir vorweg noch ein paar Worte:

Es ist zumindest für einige von uns eine besondere Sitzung. Sofern unsere Geburtstagsliste stimmt, haben wir mit Seyhan Kähya und Ruedi Locher zwei Geburtstagskinder unter uns. Ruedi Locher feiert heute sogar einen „Runden“. Trotzdem hat er mir mitgeteilt, dass er selbstverständlich an dieser Sitzung teilnehmen wird. Die süsse Überraschung auf ihrem Platz ist ein Präsent von Ruedi Locher. Er hat mir zudem im Vorfeld mitgeteilt, dass er als Gemeinderat noch nie an einer Gemeinderats-, Sachkommissions- oder RPK-Sitzung gefehlt hat. Ich zolle diesem Einsatz grossen Respekt.

Im Weiteren ist die nächste GR-Sitzung vom 14. April die Konstituierungssitzung. Das heisst, dass wir, egal wie die bevorstehenden Wahlen ausgehen, in dieser Zusammensetzung nicht mehr hier debattieren werden. Die austretenden Gemeinderäte werden dann ja noch am Schlusssessen vom 11. April verabschiedet.

Ich weiss nicht, wann der Stadtrat seine Konstituierungssitzung abhalten wird. Sicher ist, dass es auch im Stadtrat in Zukunft mindestens 3 neue Gesichter geben wird. Die austretenden Stadträte Martin Bornhauser, Sabine Wettstein und Hans Streit wurden oder werden in ihren Abteilungen

sicher gebührend verabschiedet. Im Namen des Gemeinderates möchten ich diesen 3 jetzt noch eine Ehrenurkunde der besonderen Art überreichen und Ihnen für die Zukunft alles Gute wünschen.

Persönliche Erklärungen:

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Im ersten Abschnitt der Antwort auf meine Anfrage zu den Kulturträgerschaften sind der Stadtrat und ich nicht gleicher Ansicht. Hätte die Stadt Uster die Liegenschaft Central erwerben können? Einmal mehr behauptet der Stadtrat: Nein.

Aber gehe ich, gehen die Grünen wirklich von falschen Angaben aus, wie der Stadtrat uns unterstellt? Was sollen wir dann von der Aussage des ehemaligen Besitzers des Kinos halten, die Stadt hätte die Liegenschaft sehr wohl kaufen können, wenn sie denn gewollt hätte. Er hätte sie sogar sehr gern der Stadt verkauft.

Andere involvierte Kreise stützen diese Aussage.

Welches Interesse hätte der ehemalige Besitzer, unwahre Behauptungen in die Welt zu setzen? – Wohl keines? Was würde er dadurch gewinnen? – Wohl nichts! Im Gegenteil, er würde riskieren, seinen guten Ruf zu ruinieren. – Zurück bleiben offene Fragen...

Und insofern halten wir auch an den Darstellungen zu den finanziellen Auswirkungen dieses stadträtlichen Versäumnisses fest.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Fraktionserklärung:

Cla Famos

Uster Top 2 bei der Strassenbeleuchtung

Nun ist Uster also wieder einmal ins rechte Licht gerückt worden: Uster braucht pro beleuchteten Strassenkilometer nur 10.2 MWh. Das ist Platz 2 hinter St. Gallen. Der WWF hat das vor kurzem in einer Pressemitteilung bekannt gegeben.

Interessant: Andere Städte brauchen dafür fast dreimal so viel Strom. Das rot-grüne Zürich zum Beispiel, das sich die 2000 Watt-Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben hat, braucht immerhin noch exakt doppelt so viel wie Uster – tja. Ist es nicht fast ein Treppwitz der Geschichte, dass Zürich zwar 2000 Watt Gesellschaft sein will, aber trotzdem schon für jeden beleuchteten Kilometer 20.4 MWh braucht?

Und wie sieht es denn mit dem nun seit kurzer Zeit nicht mehr so linken Winterthur aus? 28% höherer Stromverbrauch als im bürgerlichen Uster.

Was ist hier los? Könnte es sein, dass am links-grünen Weltbild irgendwie doch etwas nicht ganz stimmt? Vielleicht könnte das linke Zürich nicht nur in Sachen gesunde Staatsfinanzen, sondern auch im Bereich sinnvoller sorgsamer Umgang mit Energie etwas von Uster lernen.

Wie auch immer: Uster ist ins rechte Licht gerückt worden. Uster ist bürgerlich und soll es auch bleiben, denn Uster ist gut gefahren damit. Hier wird statt Ökosymbolik und grosser Worte mit ebenso grosser Bürokratie noch schlicht Umweltschutz mit gesundem Menschenverstand betrieben.

Statt dem Phantom 2000 Watt Gesellschaft nachzurennen und am Schluss wie der König ohne Kleider dazustehen, konzentrieren wir uns hier in Uster auf das Machbare.

Übrigens: In Uster hat das Volk vor einigen Jahren beschlossen, dass die Gewährleistung der Energie in einer AG am besten aufgehoben ist. Von linker Seite wird die Energie Uster AG bei jeder Gelegenheit kritisiert und grundsätzlich in Frage gestellt. Aber: Offenbar macht die Energie Uster AG ihre Sache gar nicht so schlecht.

Wir Freisinnigen, die wir uns schon seit den sechziger Jahren für den Umweltschutz einsetzen, sagen:

Bravo Energie Uster AG, bravo Stadtverwaltung von Uster! Vielen Dank und weiter so.

Cla Famos

Uster, 12. März 2014.

1 Mitteilungen

Die Vorsitzende ergreift das Wort:

Gegen die Abstimmung im Gemeinderat über den Antrag 193/2013 „Bericht und Antrag des Stadtrates zur Volksinitiative zur Erhaltung der Landschaft in Uster West“ sind beim Bezirksrat zwei Rekurse eingegangen. Wir haben unsere Entgegnungen fristgerecht beim Bezirksrat eingereicht, ein Entscheid steht noch aus. Die Unterlagen sind daher auch nicht in der Aktenauflage. Selbstverständlich kann jeder Gemeinderat nach Absprache mit dem Parlamentsdienst Einsicht in diese Unterlagen haben. Es werden jedoch keine Unterlagen per Post oder Mail verschickt werden.

Ich bitte zudem alle die sich noch nicht für das Schlusssessen vom 11. April an- oder abgemeldet haben, dies in den nächsten Tagen doch bitte noch nachzuholen.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 40. Sitzung des Gemeinderates vom 10. Februar 2014 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Wahl Mitglieder Wahlbüro Amtsdauer 2014 bis 2018

Gemäss Art. 22 lit. b der Gemeindeordnung der Stadt Uster ist der Gemeinderat für die Wahl der Mitglieder des Wahlbüros zuständig.

Die aufgelegte Liste enthält 129 Personen, die sich für die Amtsdauer 2014 – 2018 für das Wahlbüro Uster zur Verfügung stellen. Bis auf Frau Simona Trunfio, welche am 11. April 2014 die Volljährigkeit erreicht, sind alle Personen stimmberechtigt. Da die Amtsdauer des Wahlbüros jedoch erst am 1. Mai 2014 beginnt, steht einer Wahl von Frau Trunfio ebenfalls nichts entgegen.

Gemäss momentan gültiger Gesetzgebung ist für die Mitglieder des Wahlbüros Uster keine Wohnsitzpflicht in der Stadt Uster vorgeschrieben. Für die in Uster wohnhaften Personen besteht – im Gegensatz zu den auswärtigen Personen – Amtszwang.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Liste als Ganzes gutzuheissen.

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwendungen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 35 : 0 Stimmen

die Wahlbüromitglieder gemäss Liste des Wahlbüros für die Amtsdauer 2014 bis 2018 zu wählen.

4 Motion 592 von Cla Famos und Hans Keel betreffend «Sinnvolle Parkierungsordnung für Uster»

Ursula Räuftlin befindet sich bei diesem Geschäft im Ausstand.

Für die Motionäre referiert der Erstunterzeichnende **Cla Famos**.

Mit der vorliegenden Motion möchten wir den Stadtrat auffordern, eine Vorlage auszuarbeiten, die das Parkieren in Uster im Prinzip nach zwei Grundsätzen neu organisiert.

- 1. Parkfelder werden nur dort gekennzeichnet, wo dies verkehrstechnisch oder aus Sicherheitsgründen nötig und sinnvoll ist.*
- 2. Nicht alle Parkfelder müssen bewirtschaftet werden.*

Warum sind wir zum Schluss gekommen, dass ein solcher Vorstoss notwendig ist?

Das heutige Parkplatzregime ist zu starr und zwingt den Stadtrat und die Verwaltung im Prinzip, alle öffentlichen Parkplätze aktiv zu bewirtschaften. Dies geht auf eine Leistungsmotion des damaligen Gemeinderats Benno Scherrer zurück (Leistungsmotion 577/2009). Angesichts der Erfahrungen der letzten 4 Jahre ist klar, dass die Einführung dieses Prinzips ein Fehler war. Und das Verflixte ist, dass die Leistungsmotion juristisch bestehen blieb, obwohl das Volk sich klar dagegen ausgesprochen hatte.

Das Nein an der Urne gegen die erste Vorlage der Parkierungsverordnung und die deutlichen Reaktionen aus der Bevölkerung bei den ersten Vorarbeiten zur Umsetzung durch die Einzeichnung von neuen Parkfeldern zeigen denn auch klar, dass die Bevölkerung mit einem so schematischen Ansatz nicht einverstanden ist und dass wir deshalb nun die Parkierungsordnung grundsätzlich überdenken müssen.

Wir wollen verhindern, dass in den Wohnquartieren durch Extremforderungen statt Probleme gelöst neue Probleme geschaffen werden. Die flächendeckende Einführung und lückenlose Bewirtschaftung von Parkplätzen ist zu schematisch und im Kern ein ideologischer Ansatz. Wir müssen auch klar feststellen, dass die Umsetzung uns klar gezeigt hat, dass es einfach in die falsche Richtung geht. Mit der Einstellung einer glp-Gemeinderätin als Projektleiterin Verkehr und Sicherheit ist unser Vertrauen, sicher nicht grösser geworden. Zudem ist klar: das, was man in der heutigen Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VgP) festgelegt hat, entspricht eigentlich gar nicht ganz der Leistungsmotion. Denn man bewirtschaftet ja z.B. erst ab 3 zusammenhängenden Parkfeldern. Damit verstösst die Verordnung eigentlich gegen die grünliberale Leistungsmotion! Und früher oder später wird man auch da noch weiter gehen müssen, wenn dieses grünliberale Prinzip bestehen bleibt.

Es ist im Übrigen offensichtlich geworden, dass die flächendeckende Bewirtschaftung von Parkfeldern mit Parkuhren sehr aufwändig ist und gar nicht den erhofften Ertrag bringt. Stellen wir uns vor: Der Break-even wäre erst in 8 Jahren überhaupt erreicht – aber dann können wir wahrscheinlich schon wieder die ersten Parkuhren erneuern... Schliesslich ist bei der Erhebung von Parkgebühren in Wohnquartieren auch das Verhältnismässigkeitsprinzip zu beachten, ohne jetzt zu fest in juristische Details gehen zu wollen.

Wir sagen dagegen: Statt Ideologie braucht es praktikable Lösungen und eine Umsetzung von Prinzipien mit Augenmass. Die Motion soll dazu dem Stadtrat die Möglichkeit bieten. Es geht ausdrücklich um eine Abkehr vom Prinzip, dass alle öffentlichen Parkplätze aktiv bewirtschaftet werden müssen. Stattdessen soll der Stadtrat einen Vorgehensplan entwickeln, der an die doch recht unterschiedlichen Situationen in den Quartieren angepasst ist. Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat auf der Grundlage unserer Motion eine überzeugendere Vorlage ausarbeiten kann, welche dann in der Bevölkerung auch auf die nötige Akzeptanz stossen wird.

Es ist uns wichtig, dass die Motion als Motion überwiesen wird und der Stadtrat eine Vorlage ausarbeiten muss und nicht nur einen Bericht schreiben. Deshalb können wir uns keine Umwandlung in ein Postulat vorstellen.

Im Gegenteil waren wir überzeugt, dass wir dem Gemeinderat auch vom Volk her noch ein deutliches Zeichen geben müssen. Deshalb haben wir im Januar eine Volksinitiative lanciert, für die seit dem 5. März gesammelt wird. Ich kann Euch sagen: Die Leute reagieren sehr positiv auf die Initiative und wir werden die nötigen 600 Unterschriften schon relativ bald beisammen haben, obwohl wir ja ein halbes Jahr Zeit dafür haben. Die Bevölkerung will Druck machen, denn das Volk will sich dazu äussern, ob es wirklich eine Parkuhren-Flut will und ob es dafür eine Million investieren will.

Die Initiative ist am Laufen und kommt. Aber mit der Motion kann der Stadtrat schon heute den Auftrag erhalten, eine sinnvolle Parkierungsordnung für Uster auszuarbeiten und er kann mit der Arbeit beginnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, überweisen wir deshalb heute diese Motion als Zeichen, dass es in diese Richtung vorwärts gehen soll.

Uster, 15. März 2014.

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Stadtrat Hans Streit ergreift das Wort. Der Stadtrat wäre bereit, die Umwandlung in ein Postulat entgegenzunehmen. Die Stadt „bastelt“ seit fünf Jahren an der Sache herum. Man hat damals seitens der FDP der Leistungsmotion zugestimmt und der Parkplatzgebühren-Verordnung ebenfalls hat zugestimmt. Es kann nicht sein, dass die einen mit viel Platz nichts bezahlen und diejenigen mit wenig Platz bezahlen müssen. Diese Ungleichbehandlung darf nicht sein. Wird die Motion in ein Postulat umgewandelt, kann seitens des Stadtrates eine Antwort gegeben werden.

Die Vorsitzende fragt die Motionäre an, ob sie bereit sind, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Cla Famos führt aus, dass seine Fraktion nicht dazu bereit ist.

Die Voten im Rat sind nun offen.

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Wie die Schönheit liegt wohl auch die Sinnhaftigkeit eines Anliegens im Auge des Betrachters. Und so ist denn schon der Titel der vorliegenden Motion von einer persönlichen Grundhaltung und Auffassung durchdrungen, die Schlimmes erahnen lässt.

Wer mit einer spezifischen Wortwahl argumentiert, die lückenlose Bewirtschaftung der Parkplätze sei nicht praktikabel, sei im Kern aber vor allem ideologisch und eine Extremforderung, ist gleich selber in die Ideologiefalle getappt. Und entlarvt damit seine eigene Ideologie. Und diese ist weder von einer liberalen Grundhaltung noch von Gemeinsinn geprägt.

Die vom Stadtrat verfolgte und von uns als Parlament unterstützte Form der Parkraumbewirtschaftung ist sehr wohl praktikabel und klarer kommunizier- und umsetzbar als jene Ordnung, welche die Motionäre verlangen. Doch eigentlich geht es um etwas ganz anderes.

Was die Motionäre mit ihrem Vorstoss an den Tag legen ist reine Zwängerei – beziehungsweise Wahlkampf. Sie haben die Abstimmung zur physischen Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung in einer der letzten GR-Sitzung verloren – und haben das Behördenreferendum ergriffen. Das ist ihr gutes Recht. Aber dann soll doch bitteschön erst einmal der Volksentscheid zum Thema abgewartet

werden, bevor schon wieder ein neuer Vorstoss zum Thema nachgereicht wird. Und damit nicht genug. Eine Volksinitiative zum selben Thema ist nun auch noch in der Pipeline. Angesichts eines solchen Vorgehens stellt sich die Sinnfrage dieses Vorstosses ganz besonders.

Auch inhaltlich können wir Grünen das Anliegen nicht nachvollziehen. Da beklagt sich die SVP im letzten Abstimmungskampf über eine überlastete Verkehrsinfrastruktur, tut aber offensichtlich alles dafür, dass die Stadt Uster angesichts von noch mehr Gratisparkplätzen mit noch mehr Autoverkehr belastet wird. Die FDP, die den Markt immer verteidigt, verlangt mit dieser Motion vom Staat ein nicht marktgerechtes Verhalten. Boden als knappes Gut kostet. Sind der FDP die von der Stadt angebotenen Parkplätze zu teuer, sollen Private doch billigeren Parkraum erstellen.

Persönlich empfehle ich den Motionären deshalb, die Motion zurückzuziehen, nochmals in sich zu gehen, und die Volksabstimmung zum Investitionskredit betreffend Parkraumbewirtschaftung abzuwarten.

Als Vertreter der Grünen empfehle ich den Anwesenden, die Motion nicht zu unterstützen.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Wolfgang Harder ergreift das Wort. Seine Fraktion ist über den Inhalt der Motion erstaunt. Es gibt bereits eine Parkierungs-Verordnung. Jetzt soll wieder eine Vorlage über das Parkieren auf Usters Boden ausgearbeitet werden. Die Motion ist doch bereits erfüllt. In Ziffer 6 der Verordnung wird bereits gemacht, was gewünscht ist. Und der Stadtrat lässt Augenmass walten, wie er die Leistungsmotion umgesetzt hat. Diese Motion bringt Uster nicht weiter, deshalb sagt seine Fraktion „nein“ dazu.

Hans Keel

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Die SVP/EDU Fraktion wird die Motion unterstützen.

*Die Geschichte der Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Uster ist Jahrzehnte alt.
Wahrscheinlich wird uns das Geschäft Parkieren sicher noch weitere Jahre beschäftigen.*

Ging es 1997 noch um den Gebührenertrag von einer halben Million Franken für 420 Parkplätze, so genügt das heute nicht mehr. Hochgerechnet auf heute wäre das für 2300 PP immerhin 2,7 Mio. Fr. Es ist verständlich, dass es Kreise gibt, die am liebsten nicht nur das Hallenbad, sondern auch die übrigen Ausgaben von Uster mit Parkgebühren und Bussen erwirtschaften möchten. Nur die meisten Stimmbürger von Uster sind damit nicht einverstanden und haben dazu NEIN gesagt.

Diejenigen die einen Führerausweis haben oder erwerben wissen, dass das Parkieren zum Verkehr gehört und damit sehr genau geregelt ist. Es gibt nicht nur in Uster Volksvertreter die mit der Auslegung des Rechts sehr grosszügig sind. Darum musste das Bundesgericht schon mehrere Urteile zum Parkieren fällen.

Die Strasse ist ein Verkehrsträger, der wie eine Strom- oder Abwasserleitung in unserer Stadt eine Aufgabe hat und damit auch entsprechend finanziert wird. Die normale Nutzung durch den ruhenden Verkehr ist damit abgedeckt. Im Zentrum und an bestimmten Orten muss das Abstellen von Fahrzeugen geregelt werden. Dazu braucht Uster eine vernünftige VgP und nicht eine „Abzocker“ VgP.

Auch die Velos, die ebenfalls zum Verkehr gehören können überall, sogar auf dem Trottoir, gratis in der ganzen Stadt abgestellt werden. Auch hier ist eine verkehrstechnische Bewirtschaftung der

Abstellplätze und das Ausstellen von Bussen durchaus angebracht. Ist auch der Verkehrsraum für Veloabstellplätze an bestimmten Orten z. B. Bahnhof beschränkt.

Es braucht diese Motion oder sollte sie abgelehnt werden, eine Initiative, damit wir wieder zu einer Verordnung kommen, die nicht so ausgelegt werden kann wie das die Verwaltung heute macht. Hat doch im Februar vor einem Jahr der SR gesagt, dass in der Parkierungszone II aus zureichenden Gründen, namentlich bei fehlendem öffentlichem Interesse, auf Parkgebühren verzichtet werde. Das mit der Erhebung der Nachtparkgebühr die Forderung, dass der gesamte Parkraum bewirtschaftet werden müsse, bereits erfüllt sei. Leider sind diese Aussagen nicht umgesetzt worden.

Es wird mit viel Aufwand jede Strasse in Uster und ist sie noch so unbedeutend für den Verkehr, mit Parkplätzen voll markiert und sollen Parkuhren aufgestellt werden. Nicht einmal Zürich, das bekannt ist für seine Schikanen für den Motorfahrzeugverkehr, kann es da mit Uster aufnehmen.

Leider kann man die gemeinsam erarbeitete VgP nicht mit Vernunft und Augenmass umsetzen. Es braucht diese Motion, damit wir die Verwaltung dazu bringen, eine vernünftige Verordnung auszuarbeiten und Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die dem Verkehr dienen und nicht der Stadtkasse.

Ich bitte Sie, deshalb um die Unterstützung der Motion.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Hans Keel, Gemeinderat SVP/EDU-Fraktion

Cla Famos ergreift nochmals das Wort und wendet sich an Wolfgang Harder. Es geht nicht darum, das zu wiederholen, was wir bereits haben. Wir sind vielmehr konsterniert aufgrund der Umsetzung der Verordnung. Der Bürger soll bis 22 Uhr Parkgebühren bezahlen. Die Parkfelder sind sehr üppig eingezeichnet, usw. Wir sind beraten worden, dass es aufgrund des Prinzipes der Leistungsmotion nun so umgesetzt wird, und wenn man die Inhalte der Leistungsmotion umstossen möchte, muss man den Weg über eine Motion gehen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsidentin)

die Motion zu unterstützen und zu überweisen.

**5 Antrag der Sekundarstufe Uster betreffend «Teilrevision der Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (NPM-Verordnung) »
(Antrag Nr. 195/2014)**

Die Vorsitzende ergreift das Wort.

Dazu vorab folgende Bemerkungen: in der versandten Traktandenliste ist dieser Antrag irrtümlich die Nummer 196/2014 zugeordnet worden, es handelt sich selbstverständlich um Antrag Nummer 195/2014. Ebenso haben Sie mit dem Versand von letzter Woche die in der RPK beschlossenen Änderungen zu diesem Antrag zugestellt erhalten. Die detaillierten Begründungen bzw. den genauen Wortlaut werde ich vor den einzelnen Abstimmungen nochmals vorlesen.

Im Ausstand befindet sich Rolf Denzler als Näniker.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Lucia Thaler**.

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Anwesende,*

Letzten Juli hatte der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag 149B zum Erlass der NPM-Verordnung vorgelegt, der dann im September vom Gemeinderat angenommen wurde.

Wie die Gemeinde Uster verwendet auch die Sekundarstufe Uster seit einigen Jahren New Public Management NPM und die Prozesse wurden aufeinander abgestimmt. Daher ist es sinnvoll, dass die gleiche NPM-Verordnung sowohl für die politische Gemeinde als auch die Sekundarstufe gilt. Die Sekundarstufe als eigenständige Schulgemeinde unterliegt aber nicht den gleichen rechtlichen Grundlagen wie die Stadt Uster. Dies muss in der NPM-Verordnung berücksichtigt werden, damit sie auch für die Sekundarstufe gilt. Beim Erlass der Verordnung letztes Jahr wurde die Sekundarstufe vom Stadtrat aber erst spät informiert, sodass nun bereits eine Teilrevision der NPM-Verordnung notwendig ist, um den Geltungsbereich auf die Sekundarstufe auszuweiten, was mit dem vorliegenden Antrag 195 umgesetzt werden soll.

Die KBK hat den Antrag an ihrer Sitzung vom 3. März besprochen. Dabei standen uns Thomas Pedrazzoli und Alessandro Virgelli von der Sekundarstufe für Fragen zur Verfügung. Sie haben uns bestätigt, dass dies eine rein formale Anpassung ist ohne inhaltliche Änderungen. Über den weiteren Inhalt der NPM-Verordnung hat die KBK nicht mehr diskutiert, da dies bereits letztes Jahr Thema in der KÖS und im Gemeinderat war. Der vorliegende Antrag war in der KBK unbestritten und die KBK empfiehlt einstimmig mit 9:0 Stimmen dem Antrag der Sekundarstufe auf Teilrevision der NPM-Verordnung zuzustimmen.

Lucia Thaler

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen*

Die RPK hat am 10. März den Antrag 195 diskutiert. An dieser Sitzung standen die NPM-Verordnung sowie die Gemeindeordnung der SSU zur Verfügung.

Aufgrund dieser Unterlagen wurden folgende Anträge gestellt, welche mit je 9 : 0 Stimmen angenommen wurden. Das Parlamentssekretariat wird für die GR-Sitzung eine Tischvorlage mit den Änderungen vorbereiten:

- NPM-Artikel 1:* *Ergänzen mit Art. 14 der **Gemeindeordnung** der Sekundarschul-Gemeinde Uster*
- NPM-Artikel 2:* *Ergänzung: „... sowie der Sekundarstufe Uster (Artikel 4 GO).“ (keine Änderung gegenüber dem Antrag 195)*
- NPM-Artikel 9:* *die von der SSU gewünschte Änderung wird gestrichen (der Gemeinderat beschliesst die Indikatoren, nicht die SSU)*
- NPM-Artikel 19:* *Controlling*
- Das Controlling unterstützt als Steuerungshilfe die Führungsarbeit. Es stellt die führungsrelevanten Informationen zur Verfügung und bereitet diese zu Entscheidungsgrundlagen auf.*
- Es ist verantwortlich für die Erstellung, den Aufbau, die Gestaltung und die Weiterentwicklung der Steuerungsinstrumente von NPM zuhanden des Stadtrates resp. der Schulpflege der SSU und des Gemeinderates.*

Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat mit 9 : 0 Stimmen, den geänderten Antrag 195 zu genehmigen.

W. Meier

Die Vorsitzende fragt die Sekundarstufe, ob sie das Wort wünscht.

Thomas Pedrazzoli als Vertreter der Sekundarstufe wünscht nicht das Wort.

Es werden keine Voten aus dem Rat erwünscht.

Die Vorsitzende erläutert das Abstimmungsprozedere:

Kommen wir zur Abstimmung, wir werden die auf der Seite 3 / 4 aufgeführten Änderungen respektive Ergänzungen zu den entsprechenden NPM-Artikeln aufgrund der Vorgehensweise in der Rechnungsprüfungskommission jeweils einzeln abstimmen und danach eine Schlussabstimmung über den Antrag als Ganzes vornehmen:

Punkt 1:

Aufgrund der Nachfrage der KBK wurde seitens der SSU festgestellt, dass es sich nicht um den Artikel 14 der Geschäftsordnung der SSU sondern um diesen Artikel in der Gemeindeordnung der SSU handelt:

*Artikel 1: Rechtsgrundlage der NPM Verordnung soll somit wie folgt ergänzt werden:
Rechtsgrundlage dieser Verordnung bilden die Artikel 14 lit b und c, Artikel 18 Absatz 4 und Artikel 19 lit a der Gemeindeordnung der Stadt Uster vom 25.11.2007 (GO) sowie Artikel 14 der Gemeindeordnung der Sekundarstufe vom 27.09.2009.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

dieser Änderung/Ergänzung zuzustimmen.

Punkt 2:

Zu diesem Punkt liegt seitens der KBK und der RPK kein Änderungsantrag vor, wir stimmen über diesen Punkt trotzdem separat ab, der genaue Wortlaute ist wie folgt:

Artikel 3 Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für alle Organe der politischen Gemeinde Uster (Artikel 4 GO) sowie der Sekundarstufe Uster (Artikel 4 GO SSU)

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

dieser Punkt zu belassen wie er ist.

Punkt 3:

Streichung der Ergänzungen zu Artikel 9 Indikatoren und Kennzahlen

Da der Gemeinderat die Indikatoren und Kennzahlen festlegen und bewilligen kann respektive muss und dies die SSU wohl vorschlagen, aber nicht selber entscheiden kann, wird seitens der RPK der Antrag gestellt diesen Punkt ersatzlos zu streichen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

dieser Änderung/Ergänzung zuzustimmen.

Punkt 4:

Artikel 10 Controlling

Beim Änderungsantrag seitens der RPK handelt es sich lediglich um eine Umformulierung. Der neue Wortlaut des Artikels 19, Absatz 2 soll demzufolge so lauten:

Es ist verantwortlich für die Erstellung, den Aufbau, die Gestaltung und Weiterentwicklung der Steuerungsinstrumente von NPM zuhanden des Stadtrates respektive der Schulpflege der SSU und des Gemeinderates

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

dieser Änderung/Ergänzung zuzustimmen.

Balthasar Thalmann ergreift das Wort vor der Schlussabstimmung. Man habe Ursula Räuftlin beim Traktandum vorhin dazu angehalten, in den Ausstand zu treten. Hier gibt es auch eine Vertreterin der Sekundarschule, die zudem hier im Gemeinderat Einsitz hat. Wie verhält es sich denn mit dieser Gemeinderätin?

Die Vorsitzende entgegnet ihm, dass Ursula Räuftlin aus freien Stücken in Ausstand getreten ist.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

Schlussabstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

- 1. Der Geltungsbereich der NPM-Verordnung vom 9. Juli 2013 wird auf die Sekundarstufe Uster erweitert**
- 2. Die vorgeschlagenen Anpassungen der NPM-Verordnung werden genehmigt.**
- 3. Mitteilung an die Sekundarschulpflege zum Vollzug.**

6 Postulat 594 von Wolfgang Harder betreffend «Isolierung/Wärmedämmung Landihalle»

Der Postulant **Wolfgang Harder** referiert. Er hat seinem Postulat im Grunde nichts hinzuzufügen, gelesen haben es alle, dass die Sanierung dringlich ist. In der Zwischenzeit ist die Isolierung bereits erfolgt. Er dankt hiermit dem Stadtrat für die Erfüllung des Postulates. Er zieht es daher zurück.

Das Postulant wird zurückgezogen, weil es seitens des Stadtrates bereits erfüllt wurde.

**7 Leistungsmotion 596 von Thomas Wüthrich und Patricio Frei betreffend
«Umsetzung "Velokonzept" innerhalb von maximal 10 Jahren»**

Für die Motionäre referiert **Patricio Frei**.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

*Wer wie ich täglich mit dem Velo in der Stadt Uster unterwegs ist, fragt sich immer wieder:
Weshalb ist der Velostreifen immer genau vor der Kreuzung zu Ende? Oder mit anderen Worten
weshalb fehlen genau dort Sicherheitsmassnahmen, wo es heikel wird?*

*Der Stadtrat hat die Sicherheit der Velofahrerinnen und Velofahrer auf Usters Strassen von einem
Ingenieurbüro 2011 analysieren lassen. Dieses führt die Mängel im Radwegnetz und Konfliktorte im
Strassennetz in seinem Bericht „Velostadt Uster“ (kurz „Velokonzept“) auf. Nun wollen wir Grünen
mit der vorliegenden Leistungsmotion dem Stadtrat das planerische Instrument zur Verfügung
stellen, um die empfohlenen Massnahmen zügig umzusetzen. Der Stadtrat soll aufzeigen, wie er in
den kommenden Budgets und Investitionsplanungen die nötigen finanziellen und personellen
Ressourcen bereitstellt. Dazu schlägt die Leistungsmotion für das Leistungsgebiet Stadt- und
Verkehrsplanung ein neues Wirkungs- und Leistungsziel vor: „Die Planung für die Umsetzung des
Velokonzepts ist prioritär an die Hand zu nehmen, so dass das Konzept innerhalb von maximal 10
Jahren realisiert werden kann.“*

*Heute entscheiden wir nicht über die konkrete Umsetzung. Heute entscheiden wir lediglich darüber,
ob wir uns die Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die Umsetzung des Velokonzepts
geben. Damit wir wissen, wieviel die konkreten Massnahmen tatsächlich kosten. Erst anlässlich der
Budgetdebatte für das Jahr 2015 würden wir dann über tatsächliche Ausgaben entscheiden können.*

*Mit ihrer Zustimmung zu dieser Leistungsmotion ermöglichen sie eine fundierte Diskussion zum
Thema Sicherheit im Veloverkehr in Uster.*

*Patricio
Fraktionspräsident Grüne*

Frei

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Leistungsmotion entgegenzunehmen.

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass der Stadtrat nicht bereit ist, die Leistungsmotion entgegenzunehmen. Zur Begründung: Im Jahre 2011 wurde eine umfassende Analyse der Gefahrenherde auf Usters Stadtgebiet für den Langsamverkehr gemacht und einen Massnahmeplan erarbeitet. Für die Verkehrssicherheit wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Verbesserungen werden laufend vorgenommen. Seit 2013 sind im Budget dafür auch Gelder eingesetzt. Als Sofortmassnahme wurde die Beleuchtung verbessert. Aber für grosse Massnahmen im Bereich kantonale Strassenprojekte haben wir nicht die Hoheit. Wir sind vom Kanton abhängig. Im Rahmen der Investitionsplanung hat es der Rat in der Hand, welche Arbeiten umgesetzt werden können auf kommunaler Ebene. Wenn der Rat entsprechende Mittel zur Verfügung stellen würde, könnten Velowege vorgezogen werden.

Cla Famos

Die Freisinnige Fraktion ist gegen diese Leistungsmotion.

Natürlich sind wir deshalb nicht gegen Velofahrer. Und wir sind auch nicht alles nur böse Autofahrer. Wir sind für ein ausgewogenes Nebeneinander von motorisiertem Verkehr, Veloverkehr und Fussgängern. Und dieses Miteinander statt Gegeneinander ist in Uster gut verwirklicht.

Velofahrerinnen und Velofahrer leben nicht gefährlich in Uster. Uster hat ein Netz von Velostreifen, das recht gut ist.

Ich fahre selber seit Jahren sehr viel mit dem Velo. Ich fahre auch ab und zu mit dem Velo nach Zürich an die Arbeit. Und wenn ich in Uster etwas erledigen muss, nehme ich oft das Velo, aber manchmal natürlich auch das Auto – wie wohl die meisten von uns.

Aber ich fahre wirklich sehr gerne Velo. In Uster kommt man mit dem Velo sehr gut voran, es gibt mittlerweile schon viele Velostreifen und Velowege und es werden immer mehr. Von einem Missstand kann keine Rede sein.

Die Grünen beschreiben in der vorliegenden Leistungsmotion die Autofahrer schon fast als Feindbild. Meiner Erfahrung entspricht das nicht. Ich versuche mich im Verkehr als Velofahrer immer korrekt zu verhalten, und nach meiner Erfahrung tun das auch die Autofahrer mir gegenüber. Wenn sich Verkehrsteilnehmer nicht an die Regeln halten, kümmert sich die Polizei effizient darum, egal ob das nun Auto- oder Velofahrer sind.

Klar gibt es da und dort noch Verbesserungspotential. Es gibt Randsteinübergänge, die nicht ideal geteert sind, es gibt an der Oberlandstrasse diese 90-Grad Einbiegung. Die Situation an der Brunnenstrasse ist durchaus nicht unproblematisch, weil es dort sehr eng ist und die Barriere zu einer gewissen Hektik führt. All das ist mir bewusst

Es liegt ein Bericht „Velostadt“ vor. Dieser wird bei den laufenden Strassenerneuerungen berücksichtigt. Allerdings haben wir schon damals gesagt, dass durchaus nicht alle Massnahmen umgesetzt werden müssen, sondern im Rahmen des Machbaren und zusammen mit laufenden Investitionen. Das alles läuft, die Stadt setzt die Anregungen des Berichts schrittweise und mit Augenmass um. Deshalb gibt es keinen weiteren Handlungsbedarf.

Uster, 15. März 2014.

Jürg Gösken

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Anwesende,*

unsere Fraktion unterstützt die Leistungsmotion, womit die aufwändige Arbeit von 2011 honoriert wird und dass Studie und Projektordner „Velostadt Uster“ nicht zum Papiertiger verkommen, sondern auch zeitnah und konsequent umgesetzt werden. Diese Arbeiten wurden im Rahmen eines Ergänzungsbericht von 2011 zum Postulat von 2009 betreffend „Velostadt Uster“ vorgenommen und scheinen von wenigen Ausnahmen abgesehen, als Massnahmenkatalog noch zu zögerlich angegangen worden zu sein.

In seiner Postulatsantwort von 2011 betonte der Stadtrat betreffend Analyse und Massnahmenkatalog fürs Gemeindegebiet, dass Zitat „diese umfangreichen Arbeiten einem spezialisierten privaten Büro übertragen wurden“. Und wenn wir schon auf Zeitreise sind, so monierten die Postulanten von 2009 unter anderem: „z.B. an der Oberlandstrasse mündet der Veloweg (Provisorium für 2-3 Jahre) rechtwinklig und sehr eng in die Strasse ein.“

Wie viele Provisorien wurde auch dieses Unding an der Oberlandstrasse zum Providurium und wurde im Gegensatz zur missglückten Umgestaltung der Brunnenstrasse leider nicht korrigiert. Viele weitere Beispiele von suboptimal bis absurd liessen sich hier nennen, bzw. sind bereits im

Projektordner „Velostadt Uster“ aufgeführt. Es wäre natürlich eine schlechte Investition, wenn man die Erkenntnisse aus den aufwändigen Vorarbeiten nicht in angemessener Weise angeht und dazu bietet die Leistungsmotion einen ambitionierten und teilweise vielleicht zu ambitionierten Fahrplan, damit der erwähnte Bericht nicht noch mehr Staub ansetzt.

Die Erfahrung nicht nur in Uster zeigt, dass Velospuren häufig in letzter Priorität in die Planung einfließen und manchmal geradezu improvisiert noch irgendwie zwischen Autos und Fussgänger gezwängt werden, womit dann allen VerkehrsteilnehmerInnen viel zugemutet wird. Häufig besteht zudem die „Lösung“ einfach darin, dass sichere und wenigstens halbwegs getrennte Verkehrsräume für Autos, Velos und FussgängerInnen vor allem ausserorts und bei grosszügigen Platzverhältnissen geschaffen werden, aber abrupt abbrechen, wo es etwas enger wird und wo gefährliche Kreuzungen und Kreisel nahen. Entsprechend fehlen in Uster sowohl leicht verständliche Verbindungsrouten, als auch noch wichtiger gute Lösungen bei neuralgischen Punkten auf Schulwegen oder von und zu Bahnhöfen.

Mit der besseren Verankerung im Budgetprozess erhalten die verkehrsplanerischen Ziele mehr Gewicht, beziehungsweise bleiben eher auf dem Planungsradar, als wenn nur einmalig gute Absichten geäussert wurden. Dort wo die Leistungsmotion allenfalls etwas zu ambitioniert ist, vertrauen wir auf die Erfahrung, dass die Verzögerungen bei Investitionen in unserer Gemeinde durchaus Tradition haben und eine zweckmässige und finanziell tragbare Umsetzung auch hier stattfinden wird. Stadtrat Kübler hat vorhin ja bereits Gründe genannt, welche zu Verzögerungen führen würden. - Ich danke.

Jürg Gösken
Gemeinderat Uster

Seyhan Kâhya

Liebe Frau Präsidentin,
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Liebe Anwesende,

Mit dieser Leistungsmotion wird der Stadtrat beauftragt, aufzuzeigen, welche Mittel notwendig sind, um die Massnahmen des Velokonzepts in den nächsten 10 Jahren umzusetzen.

Die Ustermer Topografie ist ideal fürs Radfahren, dies ist nichts neues und bekannt. Und dass das Rad rege gebraucht wird, sieht man an ziemlich allen, überfüllten Veloständern. Macht man sich Gedanken über in die Zukunft, also denke man an zunehmende Anzahl Leute, die wegen neuen Schulen, einem attraktiven Zentrum, Arbeitsplätze und aber auch steigende Automobil-Kosten mit dem Rad durch Uster fahren, sieht man somit auch die Zukunftsträchtigkeit des Fahrrads als günstiges, gesundes und alltagstaugliches Verkehrsmittel.

Was man nicht sieht: wie es um die Umsetzung der Massnahmen dieses Velokonzepts aussieht. Dieser Bericht liegt seit fast 3 Jahren vor, doch weiss man kaum, was bisher getan wurde, zurecht wird dies von den Motionären angeprangert. Und zu Recht begründen Sie ihr Vorhaben, dass die Sicherheit der RadfahrerInnen nicht immer genügend gewährleistet ist.

Es ist höchste Zeit für Transparenz. Der Verkehrssicherheit des Langsamverkehrs muss eine ebenbürtige Priorität zugeschrieben werden.

Verbindliches und überprüfbares Bekenntnis zur Sicherheit der RadfahrerInnen ist eine Notwendigkeit. Mit der Unterstützung dieser Leistungsmotion will die SP-Fraktion den Stadtrat zur Handlung verpflichten.

Danke für eure Aufmerksamkeit.

Seyhan Kâhya, 17.03.2014

Hans Keel

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Die Forderung der vorliegenden Leistungsmotion ist aus unserer Sicht überrissen und nicht zweckmässig.

Das sogenannte „Velokonzept“ prioritär zu behandeln und in 10 Jahren umzusetzen ist in Anbetracht der Verkehrsprobleme in Uster nicht realistisch. Einmal mehr geht es nicht um die Lösung von Verkehrsproblemen, sondern darum, einen Verkehrsteilnehmer zu bevorzugen.

Wir gehen davon aus, dass mit dem Velokonzept die Behebung der Schwachstellen auf den Velorouten gemeint ist.

2012 wurde beschlossen, mit einer internen Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Abteilungen Sicherheit und Bau, die Umsetzung der Massnahmen, soweit sie im Zuständigkeitsbereich der Stadt sind, umzusetzen. Das Projekt Velostadt Uster sollte in den nächsten Jahren angegangen und die Massnahmen realisiert werden.

Damit wollte man sicherstellen, dass diese Schwachstellen laufend, im Rahmen der Instandhaltung fortlaufend und bei Bauten, bis 2015 behoben werden.

Wir geben den Motionären Recht, dass nicht ersichtlich ist, welche Schwachstellen beseitigt wurden. Man hat eher das Gefühl, dass laufend neue Schwachstellen geschaffen werden.

Ich persönlich bedaure ausserordentlich, dass die Strassen während Monaten für den Verkehr geschlossen werden. Wenn sie wieder befahrbar sind, ist die Fahrbahn verengt worden, es hat neu viereckige Granitsteine die einem im Weg sind. An manchen Orten wurde sogar das Trottoir etwas grösser, aber es wurde kein vernünftiger Radweg geschaffen. Ich bin gespannt auf die Eröffnung der Burgstrasse.

Mit vorliegender Motion lösen wir diese Probleme aber nicht. Wir sind der Meinung, dass Uster ein Mobilitätskonzept braucht, um die Verkehrsprobleme anzugehen und zu lösen. Wenn wir einen Verkehrsteilnehmer bevorzugen, ist vorprogrammiert, dass irgendwann den übrigen Verkehrsteilnehmern in die Quere kommt.

Der Feierabendverkehr an der Damm- und Bankstrasse lässt grüssen.

Erst kürzlich habe ich in diesem Rat hören müssen, die Dammstrasse sei nicht ausgelastet.

Die SVP/EDU Fraktion wird die Motion nicht unterstützen. Sie vertritt jedoch die Meinung, dass man das Fortschreiten der oben erwähnten Arbeit der Verwaltung oder dieser Arbeitsgruppe im Auge behalten muss, damit die Probleme und Schwachstellen im Bereich Langsamverkehr behoben werden können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Hans Keel, Gemeinderat SVP/EDU-Fraktion

Cla Famos ergreift nochmals das Wort. Er hinterfragt, ob nicht auch hier Ursula Räuftlin in Ausstand treten müsste.

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
geschätzte Ratskolleginnen
geschätzte Anwesende*

Seit Januar bin ich bei der Stadt Uster, Abteilung Sicherheit als Fachingenieurin angestellt. Offenbar wird dies von einigen Politikern als unvereinbar mit dem Gemeinderatsamt angesehen. Diese Vereinbarkeit wurde zwischen den beiden Vorstellungsgesprächen in der Kaderkonferenz besprochen und die Anstellung wurde daraufhin gutgeheissen, ganz klar im Wissen, dass ich im Gemeinderat Uster politisch aktiv bin.

Ich werde sicher in Zukunft in einzelnen Geschäften, die die Abteilung Sicherheit betreffen, in Ausstand treten. Allerdings wird dies nur einzelne Geschäfte betreffen, bei denen ich explizit im weiteren Sinn mitinvolviert bin, z.B. bei der Formulierung eines Antrages der Leistungsgruppe Verkehrstechnik. Bei den Geschäften die meine uniformierten Kollegen betreffen, bin ich keineswegs involviert – und werde als gewählte Gemeinderätin die Interessen meiner Fraktion und Wählerinnen wahrnehmen. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um ein Geschäft der Abteilung Bau/Planung, weshalb ich mich nicht enthalten werde.

Claudia Bekier führt aus, dass dies eine unangenehme Situation darstellt.

Cla Famos ergreift wiederum das Wort. Es zeigt sich jetzt doch, dass die Situation ein Problem darstellt. Er stellt deshalb den

Ordnungsantrag: *Ursula Räuftlin soll in Ausstand treten.*

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 3 : 26 Stimmen

der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 18 : 17 Stimmen

die Leistungsmotion zu unterstützen.

8 Motion 597 von Thomas Wüthrich betreffend «Verkehrserhebung in der Stadt Uster - eine sinnvolle Grundlage für die Diskussion um die Mobilitätszukunft»

Es referiert **Thomas Wüthrich**.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Wir haben es heute schon zweimal erlebt. Bei Verkehrsfragen gehen die Emotionen hoch und Kompromisse oder Übereinstimmungen im Rat scheinen in weiter Ferne.

Deshalb verzichte ich auf eine eigentliche Begründung meines Antrags. Die wesentlichen Argumente finden Sie im Antrag aufgelistet.

Bei einer Ablehnung dieser Motion würde ich mich aber doch fragen, warum man etwas gegen eine Versachlichung der Diskussion haben kann. Eine Verkehrserhebung ist keine Erfindung der Grünen, sondern es ist ein Planungsinstrument, mit welchem die lokale Abteilung Infrastrukturbau und Unterhalt noch so gerne arbeiten würde – wenn sie denn das Geld dazu erhalten würde.

Warum kann man gegen Transparenz in Verkehrsfragen sein? Ich kann mir nicht vorstellen, dass es da etwas zu verheimlichen gäbe. Sollten nicht alle ein Interesse daran haben, mehr Klarheit über den Verkehr in Uster zu gewinnen?

Die Grünen wünschen sich eine Versachlichung der Diskussion. Viele Planungsstränge werden momentan diskutiert und definiert. Sie können nicht mehr nur einzeln betrachtet werden. Deshalb ist eine grundlegende, verknüpfende Gesamtsicht mit Weitblick in Bezug auf den Verkehr vonnöten.

Darum wäre eine Verkehrserhebung für die Stadtplanung von Uster eine nützliche Sache.

Wir empfehlen Ihnen deshalb die Motion an den Stadtrat zu überweisen.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Stadtrat Thoms Kübler führt aus, dass der Stadtrat nicht bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Sie suggeriert, dass der Stadtrat keine Planung hat. Unsere Konzepte basieren auf dem Richtplan, dort sind die Verkehrsträger enthalten. Auf kommunaler Ebene kann über die Ausgestaltung gesprochen werden. Die Zahlen sind vorhanden und sollten zur Kenntnis genommen werden. Wir haben eine endliche Zahl von Strassen zur Verfügung, der Stadtrat hat aufgezeigt, wie es zu einem verkehrsfreien Zentrum kommt, wir haben ein Verkehrskonzept.

Marco Järmann

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Uster hat nicht nur viel, sondern sehr viel Verkehr. Dies führt vor allem während der Morgen- und Abendspitzenstunde zu teilweise chaotischen Zuständen. Dieses Problem ist eine Tatsache, welche nicht abzustreiten ist. Dazu muss man auch kein Experte sein.

Auf dem Gemeindegebiet von Uster werden an 12 Standorten Verkehrszählungen durchgeführt. Die Statistiken können im Internet auf dem GIS-Browser eingesehen werden. Dort wird nach

Fahrzeugart und Tageszeit aufgeschlüsselt. Aus diesen Zahlen werden bereits heute schlüssige und recht genaue Verkehrsmodelle erstellt.

Benötigt Uster nun wirklich eine zusätzliche, teure Verkehrserhebung? Ist diese wirklich von so grossem Nutzen wie es der Motionär schreibt?

Er verweist auf die Stadt Rapperswil-Jona hin, welche für CHF 200'000.— eine solche Verkehrserhebung in Auftrag gegeben hat? Das Resultat daraus? Alle sehen sich in ihrer Position gestärkt und legen die Zahlen so aus wie sie möchten. Wo ist jetzt noch der Mehrwert? Möchten wir eine Erhebung die uns sagt, was wir sowieso schon wissen? Viel Geld für etwas ausgeben, das dann sowieso von allen ausgelegt werden kann wie sie möchten? Nein, das brauchen wir nicht!

Um einen Rohrkrepierer zu vermeiden sagt die FDP/JFU Fraktion nein zu dieser Motion.

*Marco Järmann, Gemeinderat JFU
Uster 15.03.2014*

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Spannend wäre es ja schon, all diese geforderten Daten zu erheben und auszuwerten. Als Ingenieurin fände ich solche Aufgaben auch sehr interessant, wie ganz viel anderes auch. Falls die Planer diese Daten wirklich brauchen, werden sie uns Erhebungen von sich aus beantragen, so kompetent stuft ich nämlich die städtischen Angestellten ein.

Aber es stehen demnächst Wahlen vor der Tür und deshalb muss man wie wir der heutigen Traktandenliste entnehmen können, einfach noch ein paar teilweise schon fast überflüssige Vorstösse einreichen. Der vorliegende Vorstoss kommt mir etwas zu schwammig und wenig konkret vor. Verkehrserhebungen ohne konkrete Fragestellungen scheinen mir nicht wirklich sinnvoll und können kostenmässig ein Fass ohne Boden werden. Man soll hier ganz klar eine Kosten-Nutzenabwägung durchführen. Wollen wirklich CHF 300'000 / CHF 400'000 aufwerfen für diese Erhebung? Die Situation in Uster dürfte doch um einiges komplexer sein, als in Rapperswil. Eine Unterscheidung beispielsweise in Durchgangsverkehr und gebrochener Durchgangsverkehr, also noch kurz einen Stopp in einer Apotheke oder einem Kiosk, dürfte in Uster schon wegen den Barrieren fast nicht möglich sein. Hat jetzt ein Fahrzeug wirklich so lange gebraucht, um Uster zu durchqueren, weil es an der Barriere stand oder weil es noch irgendwo einen Beifahrer aufgenommen hat oder weil man noch ganz kurz etwas eingekauft hat? Welchen Nutzen können wir dann wirklich aus solchen Daten ziehen? Ein reiner Scan über ganz Uster wird hier sicher nicht die Antworten geben, sondern müsste zwingend noch mit Befragungen ergänzt werden. Eben, ein Fass ohne Boden...

Die GLP-EVP-CVP-Fraktion ist Verkehrserhebungen gegenüber nicht prinzipiell abgeneigt. Wir erwarten aber, wie zu Beginn erwähnt, dass die Anträge vom Stadtrat kommen und dann auch eine ganz konkrete Fragestellung beantworten sollen. Den vorliegenden Vorstoss werden wir so in dieser Form nicht unterstützen und uns deshalb der Stimme enthalten.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 3 : 19 Stimmen

Die Motion nicht zu unterstützen. Sie ist damit erledigt.

9 Postulat 599 von Balthasar Thalmann betreffend «Vorwärts mit dem Kulturzentrum auf dem Zeughausareal»

Es referiert **Balthasar Thalmann**.

Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Bereits im April 2012 fällten wir hier im Saal den Grundsatzentscheid, das neue Kulturzentrum auf dem Zeughausareal zu bauen – eine neues Kulturzentrum als Ersatz für den Stadthofsaal. Die Planung ist seither ein grosses Stück vorangekommen – allerdings nur die Planung im engeren Sinne. Seit vorgestern liegt nämlich der Gestaltungsplan Zeughausareal Uster öffentlich auf.

Mit dem Schaffen der planungsrechtlichen Voraussetzungen ist nur ein Teil dafür getan, dass letztlich das Kulturzentrum auf dem Zeughausareal auch zum Fliegen kommt. Es sind weit mehr Fragen zu klären: solche inhaltlicher, organisatorischer und finanzieller Natur. Gerade bei den Finanzen sind wir als SP-Fraktion etwas irritiert. In der Finanzplanung der Stadt Uster werden nur wenige Hunderttausend Franken für das Kulturzentrum eingestellt. Also gerade soviel, wie es für die ersten Planungen braucht. Gelder für Projektierung und geschweige denn für den Bau sind gar nicht eingestellt. Das ist ein komisches Signal, das der Stadtrat aussendet; gehört das neue Kulturzentrum doch zu den unbestrittenen Grossinvestitionen der Stadt, so wie das Hallenbad oder das Schulhaus Krämeracker. Komisch ist es auch deshalb, weil andere Vorhaben, worüber nur wage Vorstellungen bestehen, bereits in der langfristigen Finanzplanung auftauchen.

Mit diesem Postulat soll den Stadtrat beauftragt werden, mehr Energie in die konkrete Projektierung des neuen Kulturzentrums aufzuwenden. Dass die Zeit des Stadthofsaals abgelaufen ist, zeigt die notwendige Schliessung unmissverständlich.

Ja, aber ein neues Kulturzentrum kann man nicht einfach nur bauen. Sondern man muss ganz früh wissen, was und für was man was will. Einfach nur eine Hülle hinstellen, damit ist's nicht getan. Ich vergleiche es jeweils mit dem Essen: ein Fastfood-Menü mit Silberbesteck und Porzellangeschirr zu essen ist etwas gleich komisch wie ein Gourmet-Menü mit Plastikgeschirr. So ist es auch mit den Kulturhäuser: dass sie funktionieren, müssen das Äussere, die Funktionalität und das Angebot ein in sich stimmiges Bild ergeben. Das neue Kulturzentrum muss eine Ausstrahlung weit über Uster hinaus haben. Dass dies durchaus möglich ist, zeigt die kürzlich im AvU publizierte Analyse, dass im Oberland nur wenige Säle zur Verfügung stehen. Das ist eine sehr gute Ausgangslage.

Das neue Kulturzentrum ist für die Stadt Uster insgesamt und insbesondere für die Zentrumsentwicklung das eigentliche Schlüsselvorbahn. Ohne dies macht die ganze angedachte Entwicklung des Zeughausareals keinen Sinn und die ganze Zentrumsplanung würde in dieser Form obsolet. Die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses Vorhabens ist daher mehr als nur gegeben. Aber eben: dies funktioniert nur, wenn frühzeitig inhaltliche, organisatorische und finanzielle Fragen geklärt werden.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Postulats. Mit dem Kulturzentrum müssen wir vorwärts machen und dies nicht auf die lange Bank schieben. Ich meine, in allen Wahlprospekten diese Forderung gelesen zu haben. Daher freue ich mich auf eine unbestrittene Überweisung.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass der Stadtrat nicht bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Zur Begründung:

Von der Idee bis zum Betrieb eines neuen Kulturzentrums ist es ein langer Weg, welcher gemeinsam in verschiedenen Teiletappen angegangen werden muss; eine interdisziplinäre Aufgabe, welche alle Beteiligten gemeinsam zu erbringen haben.

Standortentscheidung, planungsrechtliche Vorleistungen

Mit dem von den Stimmberechtigten der Stadt Uster genehmigten Fünfphasenplan werden auf dem Zeughausareal die planungsrechtlichen Voraussetzungen mit der Erarbeitung eines Gestaltungsplanes geschaffen, damit in der Folge die Stadt Uster vom Kaufrecht Gebrauch machen kann. Dazu sind für das Jahr 2016 in der Investitionsplanung 4,57 Mio. Franken eingestellt. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Gemeinderat den Gestaltungsplan noch dieses Jahr beschliesst. Die weiteren Schritte können dann auf einer gesicherten Basis angegangen werden.

Projektorganisation Kulturzentrum

Für die nächsten Schritte bestellt der Stadtrat in der Folge eine zielführende neue Projektorganisation. Sie wird das im Rahmen der Testplanung erarbeitete und kommunizierte Nutzungs- und Raumprogramm auf seine Aktualität überprüfen. Auch die Frage, ob das Kulturzentrum zusammen mit einem privaten Investor zum Tagungszentrum entwickelt werden soll, ist in dieser Phase auszuloten. Das Resultat wird ein politisch sanktioniertes Raumprogramm als Basis für den durchzuführenden Architekturwettbewerb sein. Dass bis zu diesem Zeitpunkt auch betriebliche Fragen, insbesondere bezüglich dem Kulturbetrieb geklärt sein müssen, versteht sich von selbst. Für diese Arbeiten sind für das Jahr 2015 in der Investitionsplanung 300 000 Franken eingestellt.

Langfristige Finanzplanung

Die Wünsche und Anforderungen an das Kultur- und eventuell Tagungszentrum ist die Kerngrösse für die Berechnung des Investitionsvolumens. Sobald diese Eckwerte vorliegen, kann sich der Stadtrat im Rahmen der langfristigen Finanzplanung mit den strategischen und finanziellen Aspekten auseinandersetzen.

Würdigung

Wie die vorstehenden Erwägungen zeigen, ist der langwierige Prozess vom Stadthof hin zu einem neuen Kultur- und Tagungszentrum auf dem Zeughausareal auf Kurs. Zug um Zug strebt der Stadtrat das klar deklarierte Ziel an. Die Steuergruppe Zentrumsentwicklung behält den Überblick; eine noch zu bestellende Projektorganisation wird sich den Teilproblemen annehmen. Eine abschliessende inhaltliche Antwort auf die gestellten Fragen kann der Stadtrat zum heutigen Zeitpunkt indes noch nicht geben. Aus diesem Grunde ist es verfrüht, das Postulat entgegenzunehmen.

Marianne Siegrist

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die FDP/JFU Fraktion geht mit dem Postulanten Balz Thalmann dahingehend einig, dass es vorwärts gehen soll mit dem Kulturzentrum auf dem Zeughausareal. Der Auftrag seitens des Gemeinderates ist erteilt. Der neue Stadthofsaal soll auf dem Gelände des Zeughausareals entstehen. Zudem ist der nächste Schritt zu diesem Ziel schon gemacht. Der Gestaltungsplan wurde erarbeitet und liegt nächstens zur Begutachtung auf.

Die SP weiss es genauso wie unsere Fraktion: Bis ein Projekt baureif ist, d.h. die Kosten abgeschätzt sind, braucht es seine Zeit. Wir haben es soeben von Stadtrat Kübler gehört. Deshalb ist der Investitionsbetrag noch nicht in der Finanzplanung enthalten.

Wir fordern den Postulanten auf, sein Postulat zurückzuziehen. Damit kann wieder einiges an Verwaltungskosten und Leerlauf verhindert werden. Etwas Zusätzliches zu den heutigen Erläuterungen von Stadtrat Kübler wird eine Postulatsantwort nicht bringen. Das Ziel des Postulats, Aufmerksam im Wahlkampf zu wecken, ist eh erreicht.

Die Freisinnige Fraktion wird das Postulat nicht unterstützen.

*Marianne Siegrist
17. März 2014*

Bea Mischol

*Sehr geehrte Präsidentin,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Anwesende*

Unsere Fraktion ist wirklich sehr an der Kultur interessiert, auch wird diese jeweils von uns unterstützt.

Dieses Postulat jedoch rennt für uns offene Türen ein und gibt den Behörden nur unnötige Arbeit um eine Postulat-Antwort auszuarbeiten.

Selbstverständlich ist die GLP, EVP, CVP Fraktion sehr dafür, dass man mit diesem Projekt vorwärts machen soll, nur in diesem Fall ist der Prozess ja am Laufen! Wie z.B. Phase Gestaltungsplan und nach der Schliessung des Stadthofsaals ist auch klar und es liegt auf der Hand, dass es zügig vorwärts gehen muss.

Deshalb soll die Zeit und Energie lieber in das Projekt gesteckt werden als in eine Postulat-Antwort!

Gegebenenfalls kann das Postulat immer noch dann eingereicht werden, wenn das Kulturzentrum wider Erwarten aus der Planung fallen würde. Zunächst müssen aber Gestaltungsplan und Landkauf über die Bühne gebracht werden, bevor auch mit dem Kulturzentrum konkret vorwärts gemacht werden kann.

Unsere Fraktion wird sich deshalb mehrheitlich der Stimme enthalten.

*Beatrice Mischol
Gemeinderätin Grünliberale*

Claudia Bekier

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin, geschätzte Anwesende

Die SVP/EDU-Fraktion wird dem vorliegenden Postulat 599 „Vorwärts mit dem Kulturzentrum auf dem Zeughausareal“ nicht zustimmen.

Erfreulicherweise ist man sich über alle Fraktionen einig, dass als Ersatz für den in die Jahre gekommenen (und wie sich in jüngster Vergangenheit gezeigt hat, auch altersschwachen) Stadthofsaal dereinst ein Kulturzentrum auf dem Zeughausareal entstehen soll. Das Siegerprojekt des Studienauftrages der Architekten „Morger und Dettli AG“ und der Landschaftsarchitekten „Manoa GmbH“ wurde den hier Anwesenden anschaulich präsentiert.

Im Moment ist die Stadt Uster jedoch noch nicht einmal Eigentümerin des zur Diskussion stehenden Geländes, sondern steht erst davor, die Hälfte des Zeughausareals von der „Armasuisse“ zu erwerben. Vorerst muss aber noch die Phase 4, d.h. der Gestaltungsplan „Zeughausareal“ realisiert werden. Aktuell liegt der private Gestaltungsplan Zeughausareal auf, und die Öffentlichkeit kann sich dazu äussern und Einwendungen erheben. Dann muss beraten werden, ob diese Einwendungen in der Planfestsetzung berücksichtigt werden können. Anschliessend muss sich der Gemeinderat zum Gestaltungsplan äussern und zustimmen, bevor der Kanton seine Genehmigung erteilt. Es geht step by step voran. Erst wenn das geschafft ist, kann die Phase 5 für den Kauf und die Umsetzung des neuen Kulturzentrums eingeläutet werden.

Ganz nach dem Sprichwort „Guter Ding will Weile haben“, sind wir der Meinung, dass die Entwicklung des Gebietes durch diesen Vorstoss nicht beschleunigt werden kann und das Gebiet nicht möglichst rasch (wie vom Postulanten gefordert), sondern möglichst gut und sorgfältig realisiert werden sollte. In unserer Fraktion hat das jemand mit folgendem Satz beschrieben: „Du chasch no so a däm Gräsli zieh, äs wachst nöd schneller“.

Zu einer möglichst sorgfältigen Planung gehört unserer Meinung auch, dass frühzeitig der Dialog mit den Kulturschaffenden gesucht wird. Anlässlich des „Kulturgelages“, welches vor einem Jahr in diesem Saal stattfand, musste ich feststellen, dass in der Kulturszene momentan überhaupt noch kein Konsens vorhanden ist. Während zum Beispiel für die einen der Umzug des Qubus ins Zeughausareal die optimale Lösung ist, wünschen sich die anderen ein Abbruchobjekt auf einem anderen Areal. Es wird nie möglich sein, alle Bedürfnisse und Wünsche zu realisieren. Mit Hilfe eines runden Tisches, so wie er übrigens am 6. März auch zum Thema Schiffflände stattgefunden hat, können im gemeinsamen Dialog jedoch die Bedürfnisse erfasst werden und Verständnis und Akzeptanz geschaffen werden. Dies ist schlussendlich auch der Weg, welcher dazu führen wird, dass das Projekt Zeughausareal bei der Bevölkerung auf Zustimmung stösst.

Mit bestem Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Claudia Bekier

17.3.2014

Patricio Frei

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Wir Grünen unterstützen das Postulat. Für die weitere Planung des Kulturzentrums auf dem Zeughausareals ist eine umsichtige Planung eine wichtige Voraussetzung.

Um einen sinnvollen Gestaltungsplan für den Kulturteil auf dem Zeughausareal erarbeiten zu können, ist eine detaillierte Bedarfsanalyse für das Kulturzentrum notwendig. Eine Wunschliste der Vereine und Kulturschaffenden allein reicht dazu nicht aus.

Vielmehr müssen beispielsweise folgende Fragen beantwortet werden. Wie viele Besucher und Besucherinnen sollen ins neue Kulturzentrum gelockt werden? Welche Auslastung der Räumlichkeiten wird angestrebt? Welches Angebot und welche konkrete Nutzung sind für Uster längerfristig sinnvoll und realistisch? Welche Reichweite soll das neue Kulturzentrum haben? Ist es ein Ort mit regionaler oder überregionaler Ausstrahlung? Muss – wie bereits im Zusammenhang mit dem Betrieb im Central angedacht – mit einem professionellen Kulturmanagement gearbeitet werden, um die Ziele erreichen zu können? Halten die angestrebten Ziele und Szenarien sowie die getroffenen Annahmen einer vertieften Überprüfung stand? Wie werden sie verifiziert?

Sind diese und weitere Fragen beantwortet, kann die Planung für ein Kulturzentrum mit einem klaren Profil an die Hand genommen und in den Gestaltungsplan übertragen werden.

Andernfalls droht ein Fiasko. Denn es ist niemandem gedient, wenn Räumlichkeiten erstellt werden, die dann die meiste Zeit über leer stehen.

Um Antworten auf all unsere Fragen zu erhalten, unterstützen die Grünen dieses Postulat.

*Patricio
Fraktionspräsident Grüne*

Frei

Balthasar Thalmann führt aus, dass Wahlkampf ist. Und dass er es alleine der Vorsitzenden zu verdanken hat, dass sein Vorstoss das letzte Traktandum dieser Legislatur ist. Die Finanzplanung für ein Kulturzentrum war im 2012 noch mit 20 Mio. Franken eingestellt, jetzt traut man sich nicht mehr, eine Zahl einzustellen. Aber es freut ihn, dass der Stadtrat den Ball aufgenommen hat und er zeigt sich deshalb nicht so traurig, wenn sein Postulat nicht überwiesen würde.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 11 : 18 Stimmen

Das Postulat nicht zu überweisen. Es ist damit erledigt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 14. April 2014 statt.

Schluss der Sitzung 21.00 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Die Präsidentin
Gabriela Seiler

Datum Die Stimmenzähler
Marianne Siegrist

Claudia Wyssen

Bruno Modolo